

## ***Landtag aktuell***

**27. Jänner 2011**

### **Sitzung des NÖ Landtages**

#### **Aktuelle Stunde zu Leistungen der Freiwilligen**

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 13 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Leistungen der Freiwilligen in Niederösterreich**“ abgehalten.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) sagte, die Niederösterreicher leisteten ehrenamtlich insgesamt 3,4 Millionen Wochenstunden. Rund 47 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher ab 15 Jahren würden sich mittlerweile freiwillig engagieren. Dies sei mehr als der österreichische Durchschnitt, der bei rund 44 Prozent liege. Auch die Europäische Union habe diesen Trend erkannt und 2011 zum Jahr der Freiwilligen ausgerufen. Rund 20.000 Vereine leisteten in Niederösterreich ihren Beitrag zur Landesentwicklung. Niederösterreich sei mittlerweile das Land der Freiwilligen geworden, wobei diese Entwicklung durch den NÖ Freiwilligenfonds, der von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll initiiert wurde, die Servicemappe für Freiwillige sowie die Homepage für NÖ Freiwillige unterstützt werde.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) befasste sich mit dem NÖ Rettungswesen bzw. dem Arbeiter-Samariter-Bund und dem Roten Kreuz. Immer mehr Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher hätten es sich zur Aufgabe gemacht,

Menschenleben zu retten und Landsleuten in schwierigen Lebenssituationen Zuspruch zu geben. Das NÖ Rettungswesen sei in den letzten Jahren durch die Leitstelle Notruf 144 noch effizienter geworden, wobei besonders die Zivildienereinen wesentlichen Beitrag leisteten. Daher sei es wichtig, im Zuge der Neuausrichtung des Bundesheeres die Aufrechterhaltung des Zivildienstes sicherzustellen.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) betonte den hohen persönlichen Einsatz der Freiwilligen. Die Zusammenarbeit in der Gruppe sei ein wichtiger Grund für das Engagement im Land. Das Freiwilligenwesen sei mitverantwortlich für die hohe Lebensqualität und die Menschlichkeit in Niederösterreich, wobei besonders die Feuerwehren wichtige Träger des Gesellschaftslebens seien. Besonders die neue Feuerweherschule in Tulln, der neue Feuerwehrführerschein und der Ausbau des digitalen Funknetzes erhöhten die Leistungsfähigkeit des NÖ Feuerwehrwesens. Die Leistungsfähigkeit vieler Blaulichtorganisationen sei ohne die vielen Zivildienere nicht vorstellbar. Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden sei ein wichtiger Beitrag für die Feuerwehren.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sprach den Freiwilligen Respekt, Dank und Anerkennung aus, weiters sicherte er ihnen die volle Unterstützung für ihre Anliegen zu. Die Freiwilligen seien das Rückgrat unseres Landes und würden sich in Blaulichtorganisationen, in Sportvereinen, bei der Blasmusik oder ehrenamtlich in Pflegeheimen engagieren. Die Freiwilligen hätten für Kürzungen auf Gemeindeebene kein Verständnis. 99 Prozent der Freiwilligen arbeiteten nicht nur unentgeltlich, sondern auch unpolitisch. Das solle auch so bleiben.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, das hohe Maß an sicherer Lebensqualität könne nur durch den hohen Anteil freiwilliger Tätigkeiten aufrechterhalten werden. Neben der Abwehr unmittelbarer Gefahren gehe es dabei

auch um Natur-, Umwelt-, Tierschutz und Denkmalpflege. Auch die Parteien seien von ihren unzähligen AktivistInnen vor Ort abhängig. Natur-, Umwelt- und Tierschutz sollten ebenfalls in die steuerliche Absetzbarkeit einbezogen werden.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) unternahm einen Streifzug durch das Freiwilligenwesen in Niederösterreich von A wie ASBÖ bis Z wie Zivilschutzverband. Ihre Fraktion bedanke sich bei 760.000 NiederösterreicherInnen, die in 20.000 Vereinen ehrenamtliche Tätigkeiten leisteten.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach vom „Herz der modernen Zivilgesellschaft“. Allerdings gingen den Vereinen langsam die Freiwilligen aus. Vor allem in der Privatwirtschaft werde freiwilliges Engagement nicht sehr geschätzt.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) meinte, die ehrenamtlichen Helfer seien aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Niederösterreich könne stolz auf den hohen Grad freiwilligen Engagements sein. Es müssten aber auch Anreize geschaffen werden, das Freiwilligenwesen weiter auszubauen. Er forderte einen Fonds zur teilweisen Abgeltung des Lohnentfalls sowie eine bevorzugte Aufnahme in den öffentlichen Dienst bei gleicher Qualifikation.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) betonte, in Niederösterreich sei das Gemeinschaftsgefühl mit Leben erfüllt. Unbezahlte Arbeit sei unbezahlbar und bringe Niederösterreich dem Ziel einer sozialen Modellregion entscheidend näher. Gerade im Bereich der Pflege sei die Tätigkeit der Freiwilligen unverzichtbar, nannte er insbesondere die ehrenamtlichen Besuchsdienste in den Heimen oder im Rahmen der häuslichen Pflege, „Essen auf Rädern“, mobile Hospizdienste, Behindertenhilfe etc. Ein ähnlich breites Betätigungsfeld biete die Dorf- und Stadterneuerung.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Leichtfried, MMag. Dr. Petrovic u. a. betreffend **Änderung der NÖ Landtagswahlordnung 1992.**

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, dass seine Fraktion dem Antrag gerne beitreten werde. Nach längerer Diskussion habe es ein Ergebnis gegeben, das es möglich mache, eine Novellierung zu beschließen, durch die Missbrauch und Ungereimtheiten nicht mehr vorkommen sollten. Man müsse taktisches Wählen in Zukunft absolut ausschließen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, dass auch ihre Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Es habe eine Reihe von Kritikpunkten gegeben, die jetzt ausgeräumt seien.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) ging auf das Beispiel der Gemeinde Sallingberg ein. Er betonte, dass man nun dem Antrag wohlwollend zustimmen könne. Es handle sich dabei um eine demokratiepolitisch sehr wichtige Angelegenheit.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) sprach von Beratungen auf sehr hohem Niveau. Man habe einen Beitrag geleistet, damit das allgemeine, gleiche, persönliche und freie Wahlrecht gewährleistet werde.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) betonte, das höchste Gut der Demokratie sei eine entsprechend geordnete geheime Wahl. Für seine Fraktion sei von Anfang an klar gewesen, dass ein Wahlrecht eines Landes unbedingt von der breitesten Mehrheit getragen werden sollte. In dem heutigen gemeinsamen Beschluss sehe er einen demokratiepolitischen Meilenstein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) berichtete zum Bericht der Landesregierung betreffend **Veranlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien, Berichte**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) kritisierte, dass der Bericht es nicht möglich mache, zu erfahren, in welche Unternehmen investiert werde. Es sei

nicht ersichtlich, wo die Renditen erzielt werden. So könne man zum Beispiel nicht erfahren, welche Staatsanleihen das Land Niederösterreich habe.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, man sei bisher der Forderung seiner Fraktion nach einem Ausstieg aus den Veranlagungen nicht nachgekommen. Steuergelder hätten seiner Ansicht nach am internationalen Spekulationsmarkt nichts zu suchen. Man werde daher diesen Bericht nicht zur Kenntnis nehmen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, die Verluste seien bei einer sicheren Veranlagung, etwa in Staatsanleihen oder in ein Sparbuch, vermeidbar gewesen. Die Verluste hätten massive negative Auswirkungen auf den kommunalen Wohnbau in Niederösterreich.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) meinte, dass die Entwicklung der Veranlagungen inzwischen eine deutliche Erholung aufweisen würde. Man habe zuletzt 206,8 Millionen Euro erwirtschaftet, davon würden Gelder ins Landesbudget fließen. Die breit gefächerte Veranlagung und die breite Streuung seien die richtige Strategie. Man könne in Niederösterreich insgesamt einen guten Erfolg wirtschaftlichen Erfolg verzeichnen und auch zuversichtlich sein, daher ersuche er um Zustimmung zum vorliegenden Bericht.

Der Bericht wurde mehrheitlich zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) bezeichnete die Gleichbehandlungsthematik als sehr wichtige Materie. Gegen die Gesetzesnovelle könne man nicht sein, doch sei selbige auch nicht als großer Wurf zu bezeichnen. Die Novelle verzeichne diverse positive Maßnahmen, doch seien diese auch schon längst überfällig gewesen. Erschütternd sei, dass das Thema Frauen hier als ein Randthema abgehandelt werde. Zudem fehle die „Diskriminierung aus

parteipolitischen Gründen“ in der Novelle. Seine Fraktion werde „mit Bauchweh“ zustimmen, sei mit der Novelle allerdings nicht zufrieden.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) meinte, dass das Gleichbehandlungsgesetz auch zum jetzigen Zeitpunkt schon Kontrollmechanismen zur Verfügung stelle. Die Novelle bringe keine Verbesserungen, so dass seine Fraktion sich gegen selbige aussprechen werde.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) bezeichnete das Gesetz als einen wichtigen Schritt zur Gleichstellung und zur Schließung der Einkommensschere zwischen den Geschlechtern. Zudem zeige das Gesetz auf, dass sexuelle Belästigung kein Kavaliersdelikt sei. Auch er sprach in diesem Zusammenhang nicht von einem großen Wurf, jedoch von einem wichtigen Schritt. Zudem müsse und wolle man den Vorgaben des Bundes folgen und man wolle mehr Gerechtigkeit und Transparenz. Seine Fraktion werde dem Gesetz gerne zustimmen.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) betonte, dass das Gleichstellungsgesetz eine lange Geschichte aufweise. Im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise der jüngeren Vergangenheit merkte sie an, dass diese als Chance gesehen werden müsse, etwa auch im Hinblick auf die Ausbildung von Mädchen und Buben. Das Land habe punkto Gleichstellung schon sehr viel getan, die elternorientierte Personalpolitik sei dafür ein Beispiel. Schließlich müsse auch im Zusammenhang mit der Migration intensiv an einer Gleichstellung gearbeitet werden.

Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP angenommen.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichterstatter jeweils Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r , FP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Einführung eines NÖ Familienpaketes**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

- Antrag der Abgeordneten Waldhäusl u. a. betreffend **Verfassungsklage gegen das Sparpaket der Bundesregierung**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.
- Antrag der Abgeordneten Königsberger u. a. betreffend **Einführung eines NÖ Tankgutscheines**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte, dass es nun darum gehe, den niederösterreichischen Weg zu gehen und den Familien zu helfen. Jetzt sollte das Land Niederösterreich als Ausgleich den Familien helfen.

Dritter Präsident Alfredo **R o s e n m a i e r** (SP) erteilte einen Ordnungsruf, da Klubobmann Waldhäusl Homosexuelle als „Schwuchteln“ bezeichnet habe.

Abgeordnete Christa **V l a d y k a** (SP) meinte, man habe es der schlechten Entwicklung am internationalen Kapitalmarkt zu verdanken, dass es zu Einsparungen bei den Familien und bei den Studenten gekommen sei. Trotzdem sei es die Bundesregierung gewesen, die in der Vergangenheit Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzungen gesetzt habe. Insbesondere nannte sie die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Steuerreform 2009, die Einführung der 13. Familienbeihilfe etc. Die Erhöhung der Schulstarthilfe sei von ihrer Fraktion bereits mehrmals gefordert worden.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) sprach sich gegen die Kürzung der Familienbeihilfe aus und trat für die Wiedereinführung der Schulstarthilfe ein. Vor allem die Familien habe man in Niederösterreich in den vergangenen Jahren zu wenig gefördert. Weiters kritisierte er die Abänderung der Pflegestufen beim Pflegegeld.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) meinte, das Sparpaket auf Bundesebene könne nicht von den Landesbudgets korrigiert werden. Hingegen eröffneten die Jugendwohlfahrt und eine bessere medizinische Versorgung für

Kinder ein breiteres Investitionsfeld für das Land Niederösterreich. Die einzige wirklich gute Pendlerhilfe sei der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei der Schulstarthilfe hingegen seien Sachleistungen sinnvoller.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, das Bundesbudget 2011 mit einer höheren Mineralölsteuer bringe für Niederösterreichs Pendler eine höhere Belastung. Überdies sei der öffentliche Verkehr leider nur eine unattraktive Alternative für Pendler. Er forderte die Einführung eines Tankgutscheins für Pendler.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) bezeichnete die Einführung des Tankgutscheins als „populistisch“ und mit zu einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Er forderte den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie eine Erhöhung der NÖ Pendlerbeihilfe.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) betonte, Niederösterreich sei ein Familienland, was durch viele Beschlüsse im NÖ Landtag dokumentiert sei. Dieses Sparpaket auf Bundesebene könne nicht jeder gutheißen, aber ein notwendiges Sparen müsse auch durchgesetzt werden. Niederösterreich habe im Bereich der Kinderbetreuung in Partnerschaft mit den Gemeinden viel erreicht.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erklärte, dass alle Abgeordneten vom Volk gewählt worden seien. Es stehe jedem Abgeordneten zu, seine Worte so zu wählen, wie er es für richtig halte.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) meinte, Abgeordneter Maier nehme die Aussage „dahergelaufener Abgeordneter“ zurück.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, das Wort „Schwuchtel“ sei nicht beleidigend gemeint gewesen.

Sämtliche - auf Ablehnung lautende - Anträge wurden mit Mehrheit angenommen: Jene zu Familienpaket und Tankgutschein mit der Mehrheit von VP, SP und Grünen, jener zur Verfassungsklage mit VP-SP-Mehrheit.

Die beiden folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Sozialbericht 2009** (Berichterstatter: Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l , VP)
- Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Erber, Mag. Leichtfried u. a. betreffend **Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes 1993** (Berichterstatter: Abgeordneter Günter K r a f t , SP)

Abgeordnete Christa V l a d y k a SP eröffnete die Debatte: Der wirksamste Schutz gegen Armut sei ein regelmäßiges Arbeitseinkommen. Seit Jahren bleibe die Zahl armutsgefährdeter Menschen mit rund einer Million in Österreich konstant. Betroffen seien vor allem Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Pensionisten. Jeder Zehnte im Land müsse bereits beim Essen sparen, das seien erschreckende Fakten. Ein Parallelkonzept zur Schuldnerberatung unter Mitwirkung einer Bank sei nicht sinnvoll.

Abgeordneter Amrita E n z i n g e r (G) kündigte an, dem Sozialbericht nicht zuzustimmen. Der Bericht sei aus dem Jahr 2009, die Zahlen seien aus dem Jahr 2008. Sie vermisse zudem wichtige inhaltliche Punkte. Der Änderung des Pflegegeldgesetzes werde ihre Fraktion ebenfalls nicht zustimmen, weil an der falschen Stelle gespart werde. Gespart werde bei den Schwächsten, die sich nicht wehren könnten.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, viele Problembereiche des sozialen Netzwerkes würden gar nicht beleuchtet. Es werde zu wenig getan, die Bildung kinderreicher Familien zu fördern. Die Herabsetzung der Pflegestufen stelle einen weiteren Anschlag auf das Sozialsystem dar. Dieser Weg sei kontraproduktiv, seitens des Landes müsste Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) betonte, dass in Niederösterreich über 12.000 Menschen Landespflegegeld und über 71.000 Menschen Bundespflegegeld beziehen. Niemandem, der derzeit Pflegegeld beziehe, werde etwas weggenommen. Die duale Begutachtung sei eine weitere Verbesserung. Mit dem Pflegefonds werde auch die Finanzierung entsprechend gesichert sein.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) meinte zunächst, dass die Förderung der 24-Stunden-Betreuung in Niederösterreich nicht verändert werden dürfe. Des Weiteren sprach er den Palliativ- und Hospizbereich an, in dem in Niederösterreich „wichtige Impulse“ gesetzt worden seien. Im Zusammenhang mit dem Pflegegeldgesetz merkte er an, dass in der Stufe 6 eine Steigerung der Mittel um 18 Euro zu verzeichnen sei. Im Hinblick auf das Verhältnis von Finanzen und Sozialpolitik nahm Erber auf die aktuelle Bundesheer-Debatte Bezug und meinte, dass Zivildienstler von Organisationen wie etwa dem Roten Kreuz benötigt würden; hier bräuchten sich junge Menschen in die Gesellschaft ein und blieben selbiger oft als Freiwillige erhalten.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meldete sich zu Wort und meinte, dass man in Niederösterreich bei der 24-Stunden-Pflege ein gutes System hätte, dass pflegende Angehörige gute Beratung erhielten und dass Betten in Heimen rasch verfügbar seien. Maßnahmen müssten allerdings bei der Kurzzeit- und Tagespflege gesetzt werden.

Der Sozialbericht sowie auch die Änderung des NÖ Pflegegeldgesetzes wurde gegen die Stimmen der Grünen und der Freiheitlichen mit Mehrheit zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Sulzberger u. a. betreffend generelles **Verbot von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) in der Land- und Gartenwirtschaft in Niederösterreich**. Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass ein klares Bekenntnis zur Gentechnikfreiheit wünschenswert wäre. Es gebe hierzu breiten Konsens in Niederösterreich, die Landesregierung sollte diesen nach außen vermitteln. Im Hinblick auf den Futtermittelskandal in Deutschland appellierte sie an den Bund, eine Gütesiegel-Verfeinerung durchzusetzen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) sagte, dass man in Niederösterreich gentechnikfrei bleiben wolle. Es könne nicht im Sinn der Menschheit sein, dass Pflanzen und Tiere zum Verschwinden gebracht werden; dies würde auch landschaftsökologische Veränderungen hervorrufen, die man noch gar nicht ermessen könne. Es bestehe demnach Handlungsbedarf.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) stimmte Krismer-Huber zu, dass es breiten Konsens zum Verbot von gentechnisch veränderten Organismen gebe. Zudem habe man ein gut funktionierendes Gentechnikvorsorgegesetz geschaffen und Niederösterreich sei heute noch gentechnikfrei. Die EU habe, so Leichtfried, zuletzt Signale ausgesendet, in der Frage der Gentechnikfreiheit nachgiebiger zu sein; man könne erwarten, dass die Regionen hier mehr Selbstbestimmung erhalten würden. Daher sollte man von Niederösterreich ein dahingehendes Signal ausgehen lassen.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) sagte, dass man in der Angelegenheit derzeit keinen gesetzlichen Handlungsbedarf sehe. Beispielsweise hätten sich über 5.500 Waldviertler Bäuerinnen und Bauern für den gentechnikfreien Anbau entschieden; es werde hier freiwillig der Weg der Gentechnikfreiheit gegangen. Er meinte, in Niederösterreich setze man auf Qualität in der Landwirtschaft und nicht auf Gentechnik.

Der auf Ablehnung lautende Antrag wurde mit den Stimmen der VP angenommen.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) berichtete zu einem Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Wilfing, Razborcan u. a. betreffend **Ausbau des P&R-Systems**.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, viele Niederösterreicher würden in Wien arbeiten und durch die neuen Kurzparkzonen zusätzlich belastet. Gleichzeitig würden aber viele Park-and-Ride-Anlagen leer stehen. Gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Hafenecker, Ing. Huber, Tauchner und Sulzberger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Gratisparken für NÖ Pendler in Wiener Park-and-Drive-Anlagen ein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) verlangte ein gemeinsames Agieren der Länder Niederösterreich und Wien, um den öffentlichen Verkehr für die Pendler attraktiver zu gestalten. Es mache gerade rund um Wien auf Grund der hohen Feinstaubbelastung durchaus Sinn, zusätzliche Kapazitäten für die Pendler zu schaffen. Aufgabe müsse es sein, in der Ostregion auch mit knappen Budgets den öffentlichen Verkehr klimafreundlich und effizient zu gestalten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, die vielen Park-and-Ride-Anlagen an den Autobahnabfahrten in Niederösterreich müssten attraktiver ausgeführt werden. Gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Tauchner, Hafenecker und Sulzberger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Erweiterung der Park-and-Ride-Anlagen entlang der Westautobahn A 1 ein.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) forderte, dass den niederösterreichischen Pendlern in Zukunft mehr Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen, um ihre Fahrzeuge kostengünstig in Wien bzw. Niederösterreich abzustellen. Ziel sei es, dass viele Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Durch die Erhöhung der Mineralölsteuer habe man viele Pendler belastet, Niederösterreich unterstütze diese Menschen aber mit der

Pendlerhilfe. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Erhöhung der Pendlerhilfe ein.

Abgeordneter Hans Stefan **H i n t n e r** (VP) betonte, die Verkehrsströme im Wiener Umland seien sehr unterschiedlich zu bewerten. Niederösterreich habe so viele Park-and-Ride-Plätze wie alle anderen Bundesländer zusammen. An den Bahnhöfen in Niederösterreich würden derzeit rund 340.000 Pkw- und rund 21.000 Zweiradplätze zur Verfügung stehen. Viele Pendler aus Wien würden die Gratis-Park-and-Ride-Anlagen in Niederösterreich nutzen. Daher sei ein Ausgleich mit Wien notwendig, um die niederösterreichischen Gemeinden, die die Kosten für die Park-and-Ride-Anlagen tragen, zu entlasten. Mehr als 80 Prozent der Bürger würden ihr Auto für Fahrten unter sechs Kilometer verwenden. Außerdem forderte er, die Attraktivität, Sicherheit und Sauberkeit der Bahnhöfe zu erhöhen. In einem **Zusatzantrag** forderte er Park-and-Drive-Anlagen (Pendler-Parkplätze) entlang der Autobahnen und Schnellstraßen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die beiden Resolutionsanträge der FP (Gratisparken NÖ Pendler bzw. Park-and-Drive) wurde abgelehnt, der Zusatzantrag des Abgeordneten Hintner (Park-and-Drive-Anlagen entlang der Autobahnen und Schnellstraßen) wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Razborcan (Erhöhung der Pendlerhilfe) wurde nicht zur Abstimmung gebracht, da kein Zusammenhang mit Park-and-Ride-Anlagen bestehe.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (jeweils Abgeordneter Hermann **F i n d e i s**, SP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshofes über Medizinisch-technische Großgeräte mit Schwerpunkt in Niederösterreich und Salzburg; Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Land Niederösterreich; Stiftung Bürgerspitalfonds Krems an der Donau, Follow-up-Überprüfung;**

**Abgabeneinhebung im Bezirk St. Pölten (Reihe Niederösterreich 2010/8).**

referierte zum

- **Bericht des Rechnungshofes über Tätigkeit des RH; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle mit Peer-Review-Abschlussbericht; Nachfrageverfahren 2009; Internationales (Reihe Niederösterreich 2010/11).**
- **Bericht des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, 2008 und 2009 (Reihe Einkommen 2010/1).**
- **Bericht des Rechnungshofes über Standesamtsverbände und Staatsbürgerschaftsverbände (Reihe Niederösterreich 2010/6).**
- **Bericht des Rechnungshofes über EU-Finanzbericht 2009; Aktuelle Entwicklungen der EU-Finanzkontrolle, Reform der EU-Haushaltsverordnung; Nachhaltige Entwicklung in Österreich (Reihe Niederösterreich 2010/7).**
- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 9 der XVII. Gesetzgebungsperiode.**

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) erklärte, die Stiftung des Bürgerspitalfonds in Krems betreibe keine Seniorenheime mehr. Laut Rechnungshofbericht müsse die doppelte Verwaltungsstruktur beseitigt werden. Die Überprüfung der Hubschrauberlandeplätze an den Landeskliniken zeige, dass die seinerzeitige FP/SP-Forderung nach einer Errichtung in Waidhofen an der Thaya sehr wohl berechtigt gewesen sei. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Kernstock fordert die Errichtung dieses Hubschrauberlandeplatzes.

Abgeordneter Otto **K e r n s t o c k** (SP) bezog sich auf die medizinisch-technischen Großgeräte sowie auf das Personalmanagement in der Intensivpflege. Bei letzterem Bericht seien alle zehn Empfehlungen umgesetzt worden, ein einheitliches Modell sei in Ausarbeitung. Zur sanitären Aufsicht in den Landeskliniken

habe es sieben Empfehlungen gegeben, eine strukturierte Planung der systematischen Einschauen wäre wünschenswert. Hubschrauberlandeplätze seien an insgesamt fünf Standorten noch nicht behördlich bewilligt.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach zum Gemeindeverband für Umweltschutz im Bezirk St. Pölten. Das Finanzchaos hier suche seinesgleichen. Die Erhöhung der Restmüllgebühr um 65 Prozent schlage dem Fass den Boden aus.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) sagte, für Niederösterreich habe erst ab 2008 die Möglichkeit bestanden, für alle Landeskliniken ein einheitliches Modell für das Personalmanagement der Intensivpflege zu erarbeiten. Bezüglich der Hygiene an den Landeskliniken betrieben die Grünen unnötige Panikmache, das verunsichere die Menschen. Der Rechnungshof habe nämlich keineswegs die Hygienestandards kritisiert. Zu den Hubschrauberlandeplätzen meinte er, in Waidhofen an der Thaya bestehe die Möglichkeit, neben dem Krankenhaus auf einem Sportplatz zu landen. Hier gebe es auch keine Herz- oder Akutunfallstation.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) bezog sich auf den EU-Finanzbericht: Die Österreicher würden in die EU mehr einzahlen als sie von ihr hätten. Das Geld werde im Land schmerzlich vermisst. Auch das Verhältnis zwischen Gesundheits- und Kulturbudget zeige, wie wenig auf die Bedürfnisse der Menschen eingegangen werde. Alle Pläne und Absichten blieben bis heute größtenteils „heiße Luft“.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) beanstandete, dass bei den Landeskliniken kommissionelle Einschauen und Besuche der Amtsärzte nicht regelmäßig stattfänden. In acht Landeskliniken habe es in elf Jahren nur eine kommissionelle Einschau gegeben. Die Gesetze hätten auch für die Behörden in Niederösterreich zu gelten.

Zum Thema Hubschrauberlandeereinrichtungen an den NÖ Landeskliniken sagte sie, dass der Antrag von SP und FP für sie nicht nachvollziehbar sei. Sie werden den Resolutionsantrag daher nicht unterstützen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) vertrat die Ansicht, dass es im Gesundheitsland Niederösterreich Standard sein sollte, dass die Krankenhäuser mit Hubschrauberlandeeflächen ausgestattet sind. Nur so könne man für Akutfälle die Versorgung sicherstellen. Es sei wichtig, auch in Zeiten der Wirtschaftskrise, die finanziellen Mittel für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Eine wichtige Reform, die noch ausstehe, seien die großen Einsparpotenziale bei den Krankenkassen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) nahm zum Rechnungshofbericht über die EU-Finanzmittel Stellung. Man könne davon ausgehen, dass Österreich den eingeschlagenen Kurs fortsetzen und auch in der aktuellen Förderperiode alle Mittel aus Brüssel abholen werde.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes- und Bundesrechnungshofes. Ihre Arbeit und die daraus folgenden Verbesserungen seien wichtig für die positive Weiterentwicklung des Landes.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) meldete sich zu Wort und brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Mag. Leichtfried, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner und Hafenecker einen **Resolutionsantrag** betreffend Importbeschränkung für deutsches Schweinefleisch sowie gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner und Hafenecker einen weiteren **Resolutionsantrag** betreffend Herkunftskennzeichnung für Fleisch – A-Stempel ein. Der Bericht des Rechnungshofes über Medizinisch-technische Großgeräte mit Schwerpunkt in Niederösterreich und Salzburg; Finanzierungsinstrumente der

Gebietskörperschaften mit Schwerpunkt Land Niederösterreich; Stiftung Bürgerspitalfonds Krems an der Donau, Follow-up-Überprüfung; Abgabeneinhebung im Bezirk St. Pölten (Reihe Niederösterreich 2010/8) wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht des Rechnungshofes über Tätigkeit des RH; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle mit Peer-Review-Abschlussbericht; Nachfrageverfahren 2009; Internationales (Reihe Niederösterreich 2010/11), der Bericht des Rechnungshofes gemäß Art. 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz, BGBl. I Nr. 64/1997, 2008 und 2009 (Reihe Einkommen 2010/1), der Bericht des Rechnungshofes über Standesamtsverbände und Staatsbürgerschaftsverbände (Reihe Niederösterreich 2010/6) und der Bericht des Rechnungshofes über EU-Finanzbericht 2009; Aktuelle Entwicklungen der EU-Finanzkontrolle, Reform der EU-Haushaltsverordnung; Nachhaltige Entwicklung in Österreich (Reihe Niederösterreich 2010/7). Über die Resolutionsanträge wurde auf Grund des fehlenden Zusammenhanges nicht abgestimmt.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) meldete sich zur Geschäftsordnung und betonte, dass eindeutig ein Zusammenhang bestehe, weil es sich um EU-weite Auswirkungen des Dioxinskandals handle.

Der Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 9 der XVII. Gesetzgebungsperiode wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag betreffend Errichtung einer Hubschrauberlandeereinrichtung für das Landeskrankenhaus Waidhofen an der Thaya fand keine Mehrheit.

Es folgte eine Debatte über die **Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Hafenecker an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Inseratenkampagne zu befürchteten Schulschließungen.**

Abgeordneter Christian Hafenecker (FP) sprach von einer „Kaltschnäuzigkeit gegenüber dem Landtag“. Die Anfrage sei leicht zu beantworten gewesen. Von

seiner Seite sei die Antwort nicht zu akzeptieren. Die Informationspflicht gegenüber dem Landtag müsse gewahrt bleiben.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, er finde es grundsätzlich positiv, wenn das Land die Bevölkerung informiere. Er würde sich jedoch wünschen, dass auch der Inhalt stimme.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) kritisierte, dass die Kampagne suggeriere, dass an den niederösterreichischen Schulen eine Zusperrorgie drohe. Der Wahrheitsgehalt sei „ein fragwürdiger“.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) meinte, dass der Landeshauptmann die Verpflichtung hätte, die Bevölkerung zu informieren. Es handle sich um eine Kampagne im Rahmen der Informationspflicht und der Öffentlichkeitsarbeit des Landes.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, Abgeordneter Bader habe zwar erklärt, warum die Inserate geschaltet wurden, aber nicht, wer sie in Auftrag gegeben habe. Er forderte „Respekt seitens der Regierung gegenüber dem Landtag“ ein. Die Begründung, dass die exakte Höhe aus Verschwiegenheitsgründen nicht mitgeteilt werden könne, sei laut Waldhäusl „eine Lüge“.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) erteilte Klubobmann Waldhäusl „auf Grund der Wortwahl“ mehrere Ordnungsrufe.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) stellte fest, seine Fraktion akzeptiere die Antwort, weil diese Ausgaben im Rahmen des Budgets getätigt wurden. Der Antrag des Abgeordneten Bader, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen, wurde mit Mehrheit angenommen.

Der letzte Tagesordnungspunkt war eine Debatte über die **Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Razborcan an Landesrat Mag. Heuras betreffend**

## **Verbesserungen für die Pendler im Bereich des Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR).**

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) vertrat im Hinblick auf die zuvor geführte Diskussion die Auffassung, dass es ein Grundrecht eines Abgeordneten sei, Anfragen zu stellen. Von seiner Anfrage an Landesrat Heuras seien, so Razborcan, von fünf Themen lediglich eineinhalb beantwortet worden. In der Folge brachte er nochmals einen **Resolutionsantrag** betreffend Erhöhung der Pendlerhilfe ein.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) betonte ebenso, dass ein Abgeordneter das Recht habe, Anfragen zu stellen. Zur Anfrage des Abgeordneten Razborcan meinte er, dass diese interessant sei, man jedoch keine Antworten erhalten habe.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) ging ebenso auf die Anfrage des Abgeordneten Razborcan ein und meinte, dass es sich aus semantischer Sicht hier nur um eine Frage handle, da die Fragen 1 bis 4 an das Land Niederösterreich gestellt worden seien. Das Wesentliche habe Landesrat Heuras beantwortet. Er stellte den **Antrag**, die Anfragebeantwortung des Landesrates zur Kenntnis zu nehmen.

Die Anfragebeantwortung von Landesrat Heuras wurde mit VP-Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der Resolutionsantrag des Abgeordneten Razborcan (Pendlerhilfe) wurde abgelehnt.

Schluss der Sitzung!